

Insolvenzen Neugründungen Löschungen

■ Jahr 2011

Eine Untersuchung
der Creditreform
Wirtschaftsforschung

INHALT

SEITE

1	Insolvenzen	1
1.1	Die Insolvenzzahlen für Deutschland im Jahr 2011	1
1.2	Entwicklung der Verbraucherinsolvenzen	4
1.3	Schäden durch Insolvenzen	7
1.4	Arbeitsplatzverluste durch Insolvenzen	9
1.5	Insolvenzentwicklung zwischen Konjunktur und Finanzierung	10
1.6	Unternehmensinsolvenzen in den Wirtschaftsbereichen	13
1.7	Parameter insolventer Unternehmen	17
1.8	Große Firmeninsolvenzen	22
1.9	Exkurs: Reform des Insolvenzrechts	27
2	Neueintragungen und Löschungen von Unternehmen	29
2.1	Gründungsbilanz	29
2.2	Neueintragungen nach Wirtschaftsbereichen	31
2.3	Neueintragungen nach Bundesländern	33
2.4	Beschäftigungsbeitrag von wirtschaftsaktiven Gründungen	35
3	Zusammenfassung	37

■ **1 Insolvenzen**
1.1 Die Insolvenzzahlen für Deutschland im Jahr 2011

Die günstige Konjunkturlage in den vergangenen zwölf Monaten hat sich positiv auf die Insolvenzzahlen sowohl bei Unternehmen als auch bei Verbrauchern ausgewirkt. Mit 30.200 unternehmerischen Insolvenzverfahren wurde der Vorjahreswert (32.060 Fälle) um 5,8 Prozent unterschritten. 2011 wurde so der fünftniedrigste Wert seit Einführung der Insolvenzordnung (InsO) im Jahre 1999 registriert.

Gute Konjunktur ...

Tab. 1: Insolvenzverfahren in Deutschland

■	Gesamtinsolvenzen		Unternehmensinsolvenzen		Verbraucherinsolvenzen **)		sonstige Insolvenzen **)	
1999	33.870	- 0,3%	26.620	- 4,3%	2.450	-	4.800	-
2000	41.780	+ 23,4%	27.930	+ 4,9%	10.360	+ 322,9%	3.490	- 27,3%
2001	49.510	+ 18,5%	32.390	+ 16,0%	13.490	+ 30,2%	3.630	+ 4,0%
2002	84.330	+ 70,3%	37.620	+ 16,1%	21.520	+ 59,2%	25.190	+ 593,9%
2003	100.350	+ 19,0%	39.470	+ 4,9%	33.510	+ 55,7%	27.370	+ 8,7%
2004	118.260	+ 17,8%	39.270	- 0,5%	49.100	+ 46,5%	29.890	+ 9,2%
2005	136.570	+ 15,5%	36.850	- 6,2%	68.900	+ 40,3%	30.820	+ 3,1%
2006	161.320	+ 18,1%	34.040	- 7,6%	96.500	+ 40,1%	30.780	- 0,1%
2007	164.750	+ 2,1%	29.150	- 14,4%	105.300	+ 9,1%	30.300	- 1,6%
2008	155.910	- 5,4%	29.580	+ 1,5%	98.450	- 6,5%	27.880	- 8,0%
2009	162.870	+ 4,5%	32.930	+ 11,3%	100.790	+ 2,4%	29.150	+ 4,6%
2010	169.840	+ 4,3%	32.060	- 2,6%	109.960	+ 9,1%	27.820	- 4,6%
2011 *)	160.000	- 5,8%	30.200	- 5,8%	103.200	- 6,1%	26.600	- 4,4%

*) von Creditreform geschätzt

***) Privatinsolvenzen werden erst seit Einführung der neuen Insolvenzordnung (1999) ausgewiesen

Verringert hat sich auch die Zahl der Verbraucherinsolvenzen. 2011 wurden 103.200 Fälle gezählt. Das entspricht einer Abnahme um 6,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr (109.960 Fälle). Trotz der rückläufigen Zahl der Verbraucherinsolvenzen und der Beruhigung des Insolvenzgeschehens in Deutschland wurde erneut, wie bereits in den Jahren 2007, 2009 und 2010, die Marke von 100.000 insolventen Verbrauchern in einem Kalenderjahr überschritten. Seit Einführung

... verringert die Insolvenzzahlen

der Verbraucherinsolvenzordnung und der anschließenden Novellierung mussten in Summe bereits mehr als 800.000 Deutsche den Gang zum Insolvenzgericht antreten.

Die Bedingungen waren günstig

Das Konjunktur- und Finanzierungsumfeld für die Unternehmen war 2011 alles in allem sehr günstig. Der nach der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 einsetzende Aufholprozess hat im Verlauf des Jahres 2011 aber an Dynamik verloren. Gleichwohl ist auch in diesem Jahr mit einer erneut überdurchschnittlich hohen Zuwachsrate beim Bruttoinlandsprodukt (BIP) von etwa 3,0 Prozent zu rechnen. Auch die Finanzierungs- und Kreditkonditionen für die Unternehmen waren 2011 deutlich entspannter als noch 2010. Die Folge: Nachdem der Wirtschaftsaufschwung die Zahl der Unternehmensinsolvenzen bereits im Vorjahr zurückgedrängt hatte (minus 2,6 Prozent), verstärkte sich diese Entwicklung im laufenden Jahr noch einmal.

160.000 Verfahren bei den Gerichten

Die sonstigen Insolvenzen, wie Insolvenzen ehemals Selbstständiger, Insolvenzen natürlicher Personen als Gesellschafter und Nachlassinsolvenzen, belaufen sich 2011 auf zusammen 26.600 Fälle (2010: 27.820; minus 4,4 Prozent). Insgesamt wurden von den deutschen Amtsgerichten im laufenden Jahr 160.000 Insolvenzverfahren registriert. Der Vorjahreswert (169.840) wurde damit um 5,8 Prozent unterschritten, nachdem 2010 (plus 4,3 Prozent) und 2009 (plus 4,5 Prozent) noch jeweils ein Anstieg zu verzeichnen war.

Im Westen noch nicht wieder Vorkrisenniveau

Sowohl in West- wie in Ostdeutschland ist ein Rückgang der Insolvenzzahlen zu beobachten. So wurden 2011 in den alten Bundesländern 24.900 Unternehmensinsolvenzen (minus 4,9 Prozent gegenüber 2010) und 82.300 Verbraucherinsolvenzen (minus 5,7 Prozent) gezählt. Der Negativrekord aus dem Vorjahr (87.280 Verbraucherinsolvenzen) wurde damit nicht wieder erreicht, allerdings liegt die Zahl der Verbraucherinsolvenzen

in Westdeutschland immer noch auf dem zweithöchsten Niveau seit 1999. Zudem liegt die Zahl der Unternehmensinsolvenzen im Westen der Republik weiter über dem letzten Vorkrisenwert 2008 (23.690 Fälle) – trotz eines kräftigen Wirtschaftswachstums.

Tab. 2: Insolvenzverfahren in Westdeutschland

■	Gesamtinsolvenzen		Unternehmensinsolvenzen		Verbraucherinsolvenzen **)		sonstige Insolvenzen **)	
1999	25.110	- 0,2%	19.050	- 4,2%	2.030	-	4.030	-
2000	29.590	+ 17,8%	18.120	- 4,9%	8.990	+ 342,9%	2.480	- 38,5%
2001	36.010	+ 21,7%	21.750	+ 20,0%	11.150	+ 24,0%	3.110	+ 25,4%
2002	62.940	+ 74,8%	26.550	+ 22,1%	18.240	+ 63,6%	18.150	+ 483,6%
2003	76.520	+ 21,6%	29.650	+ 11,7%	27.740	+ 52,1%	19.130	+ 5,4%
2004	90.680	+ 18,5%	30.080	+ 1,5%	41.820	+ 50,8%	18.780	- 1,8%
2005	103.640	+ 14,3%	28.020	- 6,8%	53.810	+ 28,7%	21.810	+ 16,1%
2006	122.480	+ 18,2%	26.890	- 4,0%	72.290	+ 34,3%	23.300	+ 6,8%
2007	125.100	+ 2,1%	23.250	- 13,5%	80.010	+ 10,7%	21.840	- 6,3%
2008	121.420	- 2,9%	23.690	+ 1,9%	77.310	- 3,4%	20.420	- 6,5%
2009	127.360	+ 4,9%	26.670	+ 12,6%	79.320	+ 2,6%	21.370	+ 4,7%
2010	134.080	+ 5,3%	26.190	- 1,8%	87.280	+ 10,0%	20.610	- 3,6%
2011 *)	126.800	- 5,4%	24.900	- 4,9%	82.300	- 5,7%	19.600	- 4,9%

*) von Creditreform geschätzt

**) Privatinsolvenzen werden erst seit Einführung der neuen Insolvenzordnung (1999) ausgewiesen

Stärker als in Westdeutschland ist die Zahl der Insolvenzen in Ostdeutschland gesunken. 2011 wurden zwischen Rostock und Zwickau 5.300 Unternehmensinsolvenzen (minus 9,7 Prozent gegenüber 2010) und 20.900 Verbraucherinsolvenzen (minus 7,8 Prozent) registriert. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ist damit auf dem niedrigsten Stand seit Einführung der Insolvenzordnung 1999 gefallen. Gegenüber dem bisherigen Rekordjahr 2002 mit über 11.000 Firmenpleiten hat sich die Zahl der Unternehmenszusammenbrüche in Ostdeutschland mehr als halbiert. Auch der Rückgang der Verbraucherinsolvenzen liegt in Ostdeutschland über dem deutschlandweiten Durchschnitt. So ist die Zahl der Privatinsolvenzen auf den niedrigsten Stand seit 2005 (15.090 Fälle)

**Ostdeutschland:
Insolvenzzahlen gegenüber 2002 halbiert**

gesunken. Das Gleiche gilt für die Gesamtzahl der Insolvenzfälle im Osten Deutschlands.

Tab. 3: Insolvenzverfahren in Ostdeutschland

■	Gesamtinsolvenzen		Unternehmensinsolvenzen		Verbraucherinsolvenzen **)		sonstige Insolvenzen **)	
1999	8.760	- 0,6%	7.570	- 4,7%	420	-	770	-
2000	12.190	+ 39,2%	9.810	+ 29,6%	1.370	+ 226,2%	1.010	+ 31,2%
2001	13.500	+ 10,7%	10.640	+ 8,5%	2.340	+ 70,8%	520	- 48,5%
2002	21.390	+ 58,4%	11.070	+ 4,0%	3.280	+ 40,2%	7.040	+ 1253,8%
2003	23.830	+ 11,4%	9.820	- 11,3%	5.770	+ 75,9%	8.240	+ 17,0%
2004	27.580	+ 15,7%	9.190	- 6,4%	7.280	+ 26,2%	11.110	+ 34,8%
2005	32.930	+ 19,4%	8.830	- 3,9%	15.090	+ 107,3%	9.010	- 18,9%
2006	38.840	+ 17,9%	7.150	- 19,0%	24.210	+ 60,4%	7.480	- 17,0%
2007	39.650	+ 2,1%	5.900	- 17,5%	25.290	+ 4,5%	8.460	+ 13,1%
2008	34.490	- 13,0%	5.890	- 0,2%	21.140	- 16,4%	7.460	- 11,8%
2009	35.510	+ 3,0%	6.260	+ 6,3%	21.470	+ 1,6%	7.780	+ 4,3%
2010	35.760	+ 0,7%	5.870	- 6,2%	22.680	+ 5,6%	7.210	- 7,3%
2011 *)	33.200	- 7,2%	5.300	- 9,7%	20.900	- 7,8%	7.000	- 2,9%

*) von Creditreform geschätzt

**) Privatinsolvenzen werden erst seit Einführung der neuen Insolvenzordnung (1999) ausgewiesen

1.2 Entwicklung der Verbraucherinsolvenzen

2011 registrierten die deutschen Amtsgerichte deutschlandweit 103.200 Verbraucherinsolvenzen. Zwar liegt dieser Wert um 6.760 Fälle bzw. 6,1 Prozent unter dem Vorjahresniveau (109.960 Fälle), allerdings wurde trotz eines kräftigen Konjunkturbooms in den zurückliegenden zwölf Monaten der bislang dritthöchste Wert seit 1999 registriert. Nur 2010 und 2007 (105.300) lag die Zahl der Verbraucherinsolvenzen höher. Viermal wurde nun schon die Schallmauer von 100.000 Privatinsolvenzen pro Kalenderjahr durchbrochen. Diese Entwicklung verdeutlicht, dass die Verbraucherinsolvenz in Deutschland weiterhin ein Massenphänomen darstellt.

Die Überschuldungssituation der privaten Konsumenten hat sich in Deutschland 2011 im Zuge der besseren Arbeitsmarkt- und Konjunkturlage wie-

Erneut mehr als 100.000 Verbraucher insolvent

der entspannt, wie der aktuelle Creditreform SchuldnerAtlas zeigte. Durch die Aufnahme einer Erwerbsarbeit konnten überschuldete Personen ihrem Schuldendienst wieder nachkommen und Verbindlichkeiten abbauen. Allerdings ist die Zahl überschuldeter Personen mit 6,41 Millionen weiterhin sehr groß. Hieran wird ersichtlich, dass auch für die kommenden Jahre nicht mit einem deutlichen Rückgang der Verbraucherinsolvenzen in Deutschland zu rechnen ist.

Allerdings dürfte auch die Perspektive einer auf drei Jahre verkürzten Wohlverhaltensperiode bis zur Erteilung der Restschuldbefreiung bei Betroffenen zu einer abwartenden Haltung geführt haben. Das Bundesjustizministerium plant, überschuldeten Verbrauchern schneller ihre Schulden zu erlassen, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt werden. Dazu zählen die Deckung der Verfahrenskosten und eine Gläubigerbefriedigungsquote von 25 Prozent. Ein Gesetzentwurf mit Angaben zur genauen Ausgestaltung steht bisher noch aus.

Warten auf eine Verkürzung

Die aktuelle Entwicklung der Verbraucherinsolvenzen zeigt für 2011 zwei Trends: Erstens ist der Anteil älterer Personen im Vergleich zum Vorjahr angestiegen und zweitens ist die Privatinsolvenz immer noch mehrheitlich ein Thema der Männer.

Tab. 4: Verbraucherinsolvenzen in Deutschland nach Altersgruppen

■	unter 20	20 – 29	30 – 39	40 – 49	50 – 59	60 – 69	70 und älter
2011	0,1%	14,5%	26,7%	29,9%	19,5%	7,3%	2,0%
2010	0,1%	14,6%	26,8%	30,9%	18,9%	7,0%	1,7%
2009	0,1%	14,4%	27,0%	31,5%	18,7%	6,7%	1,7%
2008	0,1%	14,3%	28,0%	32,1%	17,8%	6,4%	1,5%
Abw. 2010 / 2011 (in Prozentpunkten)	0,0	-0,1	-0,1	-1,0	+0,6	+0,3	+0,3

*) Datenquelle: Creditreform

Im Detail stellen sich die Ergebnisse wie folgt dar: Mit einem Anteil von 2,0 Prozent aller Privatinsolvenzen in Deutschland sind Senioren ab 70 Jahre

Ältere Personen stärker betroffen, jeder 7. ist jünger als 30 Jahre

zwar weiterhin eine kleine, aber dennoch wachsende Gruppe der Personen in der Privatinsolvenz (Vorjahr: 1,7 Prozent). Zugenommen hat auch der Anteil der Altersgruppe der 50- bis 59-Jährigen (von 18,9 auf 19,5 Prozent) und der 60- bis 69-Jährigen (von 7,0 auf 7,3 Prozent).

Demgegenüber verzeichnet die Altersgruppe der Personen zwischen 40 und 49 Jahren eine rückläufige Bedeutung für das Insolvenzgeschehen. Nachdem 2010 noch 30,9 Prozent aller Verbraucherinsolvenzen eine Person in dieser Altersklasse betraf, sind es in diesem Jahr 29,9 Prozent (minus 1,0 Prozentpunkte). Keine oder nur wenig Veränderung gab es in den jüngeren Altersgruppen. Der Anteil der 30- bis 39-Jährigen ist mit gut einem Viertel (26,7 Prozent; Vorjahr: 26,8 Prozent) aber weiterhin hoch. Etwa ein Siebtel der Personen, die 2011 in die Privatinsolvenz gegangen sind, sind jünger als 30 Jahre. Gerichtliche Negativmerkmale und das Stigma der Insolvenz bereits in so jungen Jahren dürften die Betroffenen ein Leben lang verfolgen.

Auslöser: Neben Arbeitslosigkeit auch Krankheit

Im aktuellen Trend der Altersentwicklung wird auch im Bereich der Privatinsolvenz eine demografische Entwicklung deutlich. Zu den Hauptauslösern von Überschuldungsprozessen, die schließlich in die Insolvenz münden können, zählen neben Arbeitslosigkeit und Einkommensarmut auch Krankheit, Erwerbsunfähigkeit, die Trennung vom Lebenspartner und eine gescheiterte Selbstständigkeit. Von vielen dieser Punkte sind gerade Personen mittleren Alters und darüber betroffen.

Tab. 5: Verbraucherinsolvenzen in Deutschland nach Geschlecht

■	männlich	weiblich
2011	55,09%	44,91%
2010	55,31%	44,69%
2009	54,99%	45,01%
2008	53,99%	46,01%
Abw. 2008 / 2011 (in Prozentpunkten)	+1,10	-1,10%

*) Datenquelle: Creditreform

Auch 2011 sind es mehrheitlich Männer, die ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen können und den Weg in die Privatinsolvenz nehmen müssen. Gut 55 Prozent aller insolventen Privatpersonen sind männlichen und knapp 45 Prozent weiblichen Geschlechts. In der Entwicklung der letzten vier Jahre hat der Anteil der Männer leicht zugenommen (plus 1,1 Prozentpunkte gegenüber 2008).

**2008/2011:
Anteil der Männer steigt**

1.3 Schäden durch Insolvenzen

Aufgrund der gegenüber dem Vorjahr gesunkenen Zahl der Insolvenzfälle und weniger großen Firmeninsolvenzen sind auch die Schäden für die Insolvenzgläubiger zurückgegangen. Insgesamt belaufen sich die Insolvenzscha­den 2011 auf voraussichtlich 23,3 Milliarden Euro. 2010 waren es noch 32,1 Milliarden Euro. Die Schadenssumme für die Gläubiger liegt damit um gut ein Viertel (27,4 Prozent) unter dem Vorjahreswert. Das von kleinen und mittleren Firmen geprägte Insolvenzgeschehen hat zudem die mittlere Schadenssumme pro Insolvenzfall auf 553.000 Euro gedrückt, nachdem es im vergangenen Jahr 714.000 Euro waren.

**Weniger Schäden für die
Gläubiger**

Tab. 6: Schäden durch Unternehmensinsolvenzen in Deutschland in Mrd. Euro

■	private Gläubiger	je Insolvenzfall (in Euro)	öffentliche Hand	Gesamt
2001	22,0	679.000	10,3	32,3
2002	26,6	707.000	11,8	38,4
2003	27,9	707.000	12,6	40,5
2004	27,5	700.000	11,9	39,4
2005	26,7	725.000	10,8	37,5
2006	22,4	658.000	8,7	31,1
2007	21,2	727.000	8,0	29,2
2008	21,0	710.000	8,0	29,0
2009	63,8	1.937.000	15,1	78,9
2010	22,9	714.000	9,2	32,1
2011 *)	16,7	553.000	6,6	23,3

*) von Creditreform geschätzt

**Die öffentliche Hand
verliert 6,6 Mrd. Euro**

Die angemeldeten Forderungen von privaten und gewerblichen Gläubigern erreichen in 2011 insgesamt 16,7 Milliarden Euro (Vorjahr: 22,9 Milliarden Euro). Da die Befriedigungsquote in einem Regelinsolvenzverfahren typischerweise gering ist – meist im einstelligen Prozentbereich –, werden viele Gläubiger einen Großteil ihrer Forderungen abschreiben müssen.

Die Insolvenzschiäden für die öffentliche Hand und die Gesellschaft als Ganzes werden 2011 auf 6,6 Milliarden Euro geschätzt. Gegenüber dem Vorjahr (Schadenssumme: 9,2 Milliarden Euro) hat sich das Schadensausmaß deutlich verringert. Neben Ausfällen der öffentlichen Hand als Auftraggeber werden hierunter weitere Zahlungen, wie Verfahrenskosten und das Insolvenzgeld der Bundesagentur für Arbeit (BA), zusammengefasst.

Dabei beruht die Ermittlung der Schadenssumme teilweise auf Schätzungen und Hochrechnungen, da eine exakte Bezifferung der Gläubigerschiäden nur näherungsweise möglich ist. Zum einen werden nicht alle offenen Forderungen in voller Höhe von Insolvenzgläubigern angezeigt, zweitens lässt sich nicht immer feststellen, ob bereits Rückflüsse an Teile der Gläubiger erfolgt sind. Schließlich ist die Aufforderung an die Gläubiger zur Anmeldung ihrer Ansprüche zum Zeitpunkt der Erfassung des Verfahrens oftmals noch nicht erfolgt. So ist die genaue Schadenshöhe eines Insolvenzverfahrens in der Regel frühestens zwei Jahre nach Eröffnung zu ermitteln.

**Auch PSVaG und BA-
Daten beruhigen**

Anhand weiterer Quellen wird der zu beobachtende rückläufige Trend der Gläubigerschiäden bestätigt. Zum Einen nennt das Statistische Bundesamt in den ersten acht Monaten des laufenden Jahres allein bei unternehmerischen Insolvenzverfahren offene Forderungen von rund 12,6 Milliarden Euro, was einem Rückgang von 36 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum entspricht. Zum Zweiten rechnet auch der Pensionssicherungsverein (PSVaG), der die Betriebsrenten und Ren-

tenanwartschaften von Arbeitnehmern vor dem Verlust infolge einer Betriebsinsolvenz absichert, mit einem weiterhin niedrigen Schadensvolumen im laufenden Jahr. Außerordentliche Großschäden sind demnach 2011 nicht festzustellen. In die gleiche Richtung argumentieren die Zahlen zum Insolvenzgeld der Bundesagentur für Arbeit (BA), die die Lohnfortzahlung infolge einer Insolvenz des Arbeitgebers für drei Monate übernimmt.

1.4 Arbeitsplatzverluste durch Insolvenzen

Die Zahl der Arbeitsplätze, die aufgrund von Insolvenzen verloren gehen oder bedroht sind, ist ebenfalls zurückgegangen – allerdings nur leicht. Im laufenden Jahr waren 236.000 Arbeitnehmer von der Insolvenz ihres Arbeitgebers betroffen (minus 1,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr). 2010 hatten 240.000 Beschäftigte durch die Insolvenz des Arbeitgebers ihre Stelle verloren. Auch die Entwicklung der Arbeitsplatzverluste spiegelt somit die Normalisierung des Insolvenzgeschehens wider, das 2011 typischerweise von kleinen Unternehmen, oftmals ohne angestellte Mitarbeiter, dominiert wird.

Wieder viele Jobs in Gefahr

Tab. 7: Gesamtarbeitsplatzverluste insolventer Unternehmen in Deutschland

■	Anzahl der Personen	Veränderung in Prozent
2001	503.000	+ 12,3
2002	590.000	+ 17,3
2003	613.000	+ 3,9
2004	605.000	- 1,3
2005	563.000	- 6,9
2006	473.000	- 16,0
2007	440.000	- 7,0
2008	447.000	+ 1,6
2009	521.000	+ 16,6
2010	240.000	- 53,9
2011 *)	236.000	- 1,7

*) von Creditreform geschätzt

Nicht in allen Fällen werden die von einer Insolvenz bedrohten Arbeitsplätze jedoch vollständig gemeldet. Zusätzlich sind bereits im Vorfeld der bevorstehenden Insolvenz Arbeitsplätze im Unternehmen abgebaut worden (vgl. [Creditreform Beiträge zur Wirtschaftsforschung](#)), und auch Lieferanten und andere Geschäftspartner mussten infolge von Kundeninsolvenzen Stellen im eigenen Unternehmen abbauen. So muss die tatsächliche Zahl der insolvenzbedingt wegfallenden bzw. bedrohten Arbeitsplätze eher höher eingeschätzt werden.

1.5 Insolvenzentwicklung zwischen Konjunktur und Finanzierung

Die Insolvenzentwicklung wird wesentlich von Faktoren im finanziellen und konjunkturellen Umfeld der Unternehmen beeinflusst. Wie die Ertragslage, die Eigenkapitalsituation sowie das Zahlungsverhalten der Kunden die derzeitige Liquidität und damit die finanzielle Stabilität des Unternehmenssektors bestimmt, verdeutlichen die folgenden Punkte.

Ertragslage

Die Ertragssituation des Mittelstandes hat sich vom Sorgenkind zur Finanzierungsquelle entwickelt. Im Herbst 2011 haben so wenige Unternehmen wie noch nie in den zurückliegenden zehn Jahren von gesunkenen Erträgen berichtet. Lediglich 18,0 Prozent der Befragten mussten Gewinneinbußen hinnehmen. Im Vorjahr war das noch bei 22,6 Prozent der Mittelständler der Fall, im Krisenjahr 2009 sogar bei 42,7 Prozent. Gleichzeitig konnten 30,2 Prozent der Unternehmen Ertragszuwächse melden (Vorjahr: 32,6 Prozent).

Der deutsche Mittelstand steht auf wirtschaftlich soliden Beinen und ist so stabil wie lange nicht. Vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden Konjunkturabschwächung sind die erarbeiteten

Aufschwung gut für die Ertragslage

Ertragspolster im Mittelstand sehr positiv zu bewerten.

Tab. 8: Ertragslage im Mittelstand

■	gestiegen	30,2 (32,6)
	stabil	50,8 (43,9)
	gesunken	18,0 (22,6)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Eigenkapital

Der zurückliegende Wirtschaftsaufschwung erlaubte es den Unternehmen, erzielte Gewinne zu thesaurieren und so Kapitalpolster anzulegen. Der Erfolg zeigt sich darin, dass mittlerweile 28,7 Prozent der mittelständischen Unternehmen über eine Eigenkapitalquote von über 30 Prozent verfügen. Vor einem Jahr hatten nur 27,1 Prozent eine solch hohe Eigenkapitalquote genannt. Gesunken ist zudem der Anteil der Unternehmen, die zu schwach kapitalisiert sind und deren Eigenkapitalquote unter zehn Prozent der Bilanzsumme liegt. Im Herbst 2010 traf das noch auf fast ein Drittel (31,0 Prozent) der Mittelständler zu, in diesem Jahr nur noch auf 29,9 Prozent.

Mittelstand eigenkapitalstark wie nie

Tab. 9: Eigenkapitalausstattung des Mittelstandes im Verhältnis zur Bilanzsumme

■	bis 10%	29,9 (31,0)
	bis 20%	25,9 (24,1)
	bis 30%	15,5 (17,8)
	über 30%	28,7 (27,1)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Gegenüber dem Jahr 2002 hat sich der Anteil der Unternehmen, die eine Eigenkapitalquote von mehr als 30 Prozent aufweisen, um mehr als zehn Prozentpunkte von 16,6 auf 28,7 Prozent erhöht. Dieser positive Trend wurde nur im Rezessionsjahr 2009 unterbrochen. Gleichzeitig ist im Zeitverlauf der letzten zehn Jahre zu erkennen, dass Eigenkapitalschwäche – lange Zeit ein zentrales

Problem des deutschen Mittelstandes – immer weniger Unternehmen betrifft. Der Anteil der Unternehmen, deren Eigenkapitalquote unterhalb der Marke von zehn Prozent bleibt, lag in den letzten Jahren zumeist deutlich über einem Drittel.

Zahlungsverhalten der Kunden

Das Zahlungsverhalten ihrer Kunden wird von den mittelständischen Unternehmen positiver beurteilt als vor Jahresfrist. Das findet sich in geringeren Forderungsschäden bestätigt. Nur noch 8,9 Prozent der Mittelständler mussten Forderungsverluste von über 1,0 Prozent des Jahresumsatzes hinnehmen. Im Vorjahr war noch jeder zehnte Betrieb (10,1 Prozent) von Verlusten in dieser Größenordnung betroffen. Wie im letzten Herbst wies jedes fünfte Unternehmen (20,0 Prozent; Vorjahr: 20,9 Prozent) keine Forderungsverluste auf. Geringe Schäden von bis zu 0,1 Prozent des Jahresumsatzes verbuchten 38,9 Prozent der befragten Mittelständler (Vorjahr: 34,6 Prozent).

Hohe Ausfälle glücklicherweise selten

Tab. 10: Durchschnittliche Forderungsverluste in Prozent zum Umsatz

■	bis 0,1	38,9 (34,6)
	bis 0,5	18,7 (20,6)
	bis 1,0	11,5 (11,6)
	über 1,0	8,9 (10,1)
	keine Verluste	20,0 (20,9)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Finanzierungsbedingungen

Die weiter entspannten Finanzierungsbedingungen für die Unternehmen unterstützen den rückläufigen Insolvenztrend 2011. Die vom Münchner ifo-Institut monatlich ermittelte Kredithürde ist weiterhin sehr niedrig, auch wenn sich die Entspannung zuletzt nicht fortgesetzt hat. An dieser Stelle könnten sich bereits die Eintrübungen der Konjunkturlage abzeichnen, die die Banken bei der Kreditvergabe beeinflussen. Restriktiv ist die Kre-

Finanzierung: Wieder ein Thema für 2012?

ditvergabe der Banken an den Unternehmenssektor bislang aber nicht. Bestätigt wird dies beispielsweise durch Publikationen der KfW in Frankfurt, die bislang keine Indizien für Beschränkungen auf der Angebotsseite des Kreditmarktes sehen. Das Thema Kreditvergabe dürfte für die Unternehmen in Zukunft aber wieder etwas stärker als bisher in den Fokus geraten, resümieren die Münchner ifo-Forscher im Oktober 2011.

1.6 Unternehmensinsolvenzen in den Wirtschaftsbereichen

In der gesamten Breite der deutschen Wirtschaft sind die Insolvenzzahlen 2011 gesunken. Am deutlichsten wird dies im Verarbeitenden Gewerbe. Nachdem im Vorjahr noch 2.830 Unternehmensinsolvenzen in diesem Sektor gezählt wurden, sind es im laufenden Jahr 2.430 Fälle und damit 14,1 Prozent weniger. Dieser Trend findet sich in Ost- wie in Westdeutschland. Durch die gute Industriekonjunktur und ein florierendes Exportgeschäft zeigt sich das Verarbeitende Gewerbe in einer sehr guten Verfassung. Die erhöhte Stabilität und Solidität der Unternehmen macht sich entsprechend in gesunkenen Insolvenzzahlen bemerkbar.

Ähnlich stark zurückgegangen sind die Insolvenzen im Baugewerbe. Deutschlandweit wurden 4.310 Fälle registriert. Das ist ein Rückgang um 13,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr (4.970 Fälle). Der Bau boomt. Dieses Fazit lässt sich nahezu uneingeschränkt ziehen. Öffentliche Bauprojekte aus den beiden Konjunkturpaketen, ein anziehender privater Wohnungsbau sowie mehr Renovierungs- und Sanierungsmaßnahmen sorgten 2011 bei den Bauhandwerkern für volle Auftragsbücher. Das bestätigte zuletzt der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) bei der Vorstellung der Konjunkturzahlen für das dritte Quartal. In Ostdeutschland war der rückläufige Insolvenztrend im Baugewerbe noch etwas stärker ausgeprägt als im Westen Deutschlands. 990 ostdeut-

Starker Rückgang im Verarbeitenden Gewerbe

Bau boomt, Insolvenzzahlen sinken

sche Baubetriebe mussten 2011 Insolvenz anmelden (minus 15,4 Prozent).

Tab. 11: Insolvenzen nach Wirtschaftsbereichen 2011 *)

■	absolut	%-Anteil am gesamten Insolvenzaufkommen	%-Veränder. gegenüber dem Vorjahr
Verarb. Gew.			
West	2.030 (2.380)	8,2 (9,1)	- 14,7
Ost	400 (450)	7,5 (7,7)	- 11,1
Deutschland	2.430 (2.830)	8,0 (8,8)	- 14,1
Bau			
West	3.320 (3.800)	13,3 (14,5)	- 12,6
Ost	990 (1.170)	18,7 (19,9)	- 15,4
Deutschland	4.310 (4.970)	14,3 (15,5)	- 13,3
Handel			
West	5.220 (5.550)	21,0 (21,2)	- 5,9
Ost	980 (1.070)	18,5 (18,2)	- 8,4
Deutschland	6.200 (6.620)	20,5 (20,6)	- 6,3
Dienstleist.			
West	14.330 (14.460)	57,6 (55,2)	- 0,9
Ost	2.930 (3.180)	55,3 (54,2)	- 7,9
Deutschland	17.260 (17.640)	57,2 (55,0)	- 2,2
Gesamt			
West	24.900 (26.190)	100,1 (100,0)	- 4,9
Ost	5.300 (5.870)	100,0 (100,0)	- 9,7
Deutschland	30.200 (32.060)	100,0 (99,9)	- 5,8

*) von Creditreform geschätzt, () = Vorjahresangaben

**Dienstleistungssektor:
Unterschiede in Ost und West**

Deutlich gedämpfter fiel der Rückgang der Insolvenzzahlen im Dienstleistungsgewerbe aus. In der gesamten Bundesrepublik verringerte sich die Zahl der Insolvenzen in diesem Sektor um lediglich 2,2 Prozent auf 17.260 Fälle (Vorjahr: 17.640 Fälle). Allerdings verzeichnet der Osten Deutschlands ein deutliches Minus von immerhin 7,9 Prozent auf noch 2.930 Insolvenzen, während es in Westdeutschland praktisch nur einen minimalen Rückgang um 0,9 Prozent gab. Die Verlagerung des Insolvenzgeschehens in den vornehmlich kleinteiligen Dienstleistungssektor ist prägend für das Jahr 2011. Mehr als 57 Prozent aller registrierten Insolvenzfälle entfallen mittlerweile auf den Bereich Dienstleistungen (Vorjahr: 55 Prozent).

Etwa im Bereich des gesamtwirtschaftlichen Durchschnitts liegt der Insolvenztrend im Handel.

Auf das gesamte Bundesgebiet entfallen 6.200 Insolvenzen (minus 6,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr). Damit behauptet der Handel 2011 seinen Anteil am deutschen Insolvenzgeschehen in Höhe von einem Fünftel (20,5 Prozent).

Tab. 12: Risikoquoten nach den Hauptwirtschaftsbereichen in Deutschland 2011 *)

■	Insolvenzen je 10.000 Unternehmen
Verarbeitendes Gewerbe	67 (77)
Baugewerbe	123 (145)
Handel	95 (95)
Dienstleistungen	97 (99)
Gesamt	96 (101)
hierunter:	
Westdeutschland	97 (100)
Ostdeutschland	94 (102)

*) Quelle: Creditreform Wirtschaftsdatenbank u. Umsatzsteuerstatistik 2009
() = Vorjahresangaben

Die Insolvenzquote, also die Zahl der Insolvenzfälle je 10.000 Unternehmen, unterscheidet sich in den einzelnen Hauptwirtschaftsbereichen stark. Darin spiegelt sich weniger der konjunkturelle Verlauf wider, sondern vielmehr sind strukturelle Ursachen für die unterschiedliche Ausfallhäufigkeit verantwortlich.

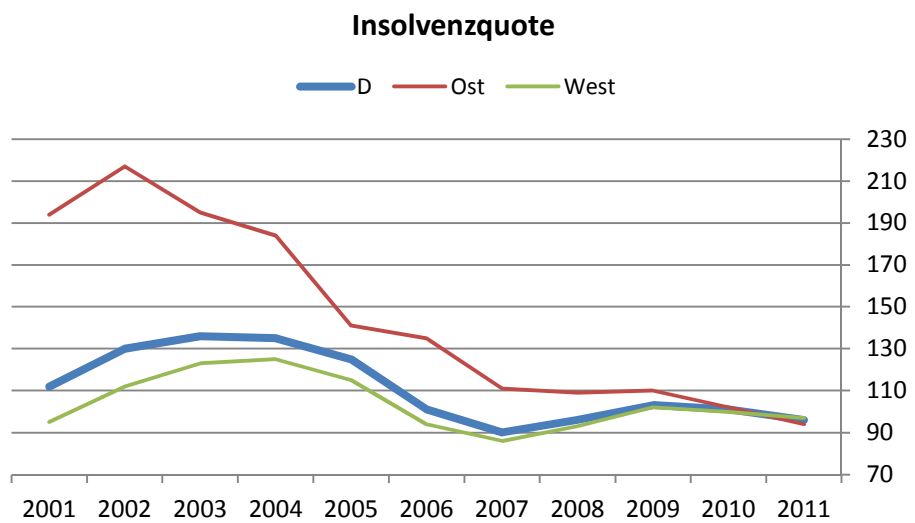
Nach wie vor liegt die Zahl der Insolvenzen bezogen auf den Unternehmensbestand im Baugewerbe am höchsten (Insolvenzquote: 123). Gegenüber dem Vorjahr ist aber eine deutliche Entspannung festzustellen. 2010 kamen im Baugewerbe auf 10.000 Unternehmen noch 145 Insolvenzen. Die erhöhte Stabilität der Bauunternehmen, steigende Eigenkapitalquoten und ein verbessertes Zahlungsverhalten der öffentlichen Hand zeigen offenbar zunehmend Wirkung. Nur wenig verringert hat sich die Insolvenzquote im Dienstleistungssektor (von 99 auf 97). Eine Stagnation verzeichnet der Handel. Wie im Vorjahr kommen auf 10.000 Bestandsunternehmen 95 Insolvenzfälle. Am geringsten ist die Insolvenz-

Insolvenzanfälligkeit am Bau am höchsten

häufigkeit im Verarbeitenden Gewerbe. Mit 67 Insolvenzen je 10.000 Unternehmen wurde der bereits niedrige Vorjahreswert (77) nochmals deutlich unterschritten.

Einer von Hundert muss gehen

So sind Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe auch hauptverantwortlich für die rückläufige gesamtwirtschaftliche Insolvenzquote. Derzeit rutschen pro 10.000 Unternehmen 96 Unternehmen in die Insolvenz (Vorjahr: 101). Damit erreicht die Insolvenzquote in Deutschland wieder den Vorkrisenwert von 2008.



Der Osten erstmals vor dem Westen

In Ostdeutschland liegt die Insolvenzquote mit 94 (Vorjahr: 102) erstmals unter der in Westdeutschland (97; Vorjahr: 100). Darin kommt ein jahrelanger Ausleseprozess zum Ausdruck, der nicht überlebensfähige Betriebe aussortierte. Zudem sind bestimmte insolvenzanfällige Bereiche wie beispielsweise die Rechtsform der GmbH in Ostdeutschland weniger stark vertreten. So hat sich die Insolvenzquote in den neuen Ländern gegenüber der Situation vor zehn Jahren etwa halbiert.

Die stärksten Rückgänge im Jahresverlauf zeigen Branchen aus dem Verarbeitenden Gewerbe. Führend im positiven Sinne ist der Maschinenbau, der 42,2 Prozent weniger Insolvenzen zählt als im Vorjahr, gefolgt von der Textilindustrie (minus 36,2 Prozent), der Kunststoffbranche (minus 30,0 Prozent) und dem Kfz-Handel (minus 27,7 Prozent).

Ebenfalls sehr deutlich zurückgegangen ist die Zahl der Insolvenzfälle im Metallbereich (minus 27,2 Prozent).

Nicht in allen Branchen hat die gute Konjunkturlage der zurückliegenden Monate offenbar zu einem Rückgang der Insolvenzen geführt. Deutliche Zuwächse von 25,9 Prozent gab es im Tiefbau. Ebenfalls mehr Insolvenzen als im Vorjahr waren im Gesundheitswesen (plus 15,4 Prozent), bei Wach- und Sicherheitsdiensten (plus 15,2 Prozent), Friseur- und Kosmetiksalons (plus 15,0 Prozent) und Post- und Kurierdiensten (plus 10,4 Prozent) zu verzeichnen.

Tiefbau gegen den Trend mit mehr Insolvenzen

Tab. 13: Branchen *) mit den stärksten Veränderungen im Jahresverlauf 2011

■	Veränderungen in Prozent
Maschinenbau	- 42,2
Herstellung von Textilien	- 36,2
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	- 30,0
Handel mit Kfz	- 27,7
Herstellung von Metallerzeugnissen	- 27,2
Post- und Kurierdienste	+ 10,4
Friseur- und Kosmetiksalons	+ 15,0
Wach- und Sicherheitsdienste	+ 15,2
Gesundheitswesen	+ 15,4
Tiefbau	+ 25,9

*) mindestens 1.000 betroffene Arbeitnehmer in der Branche
Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen

1.7 Parameter insolventer Unternehmen

Die Mehrzahl der insolventen Unternehmen firmiert als Gewerbebetriebe, die außer dem Inhaber oftmals keine weiteren Angestellten haben. Nahezu die Hälfte der Insolvenzfälle des Jahres 2011 (45,8 Prozent) sind Betriebe dieser Rechtsform. An zweiter Stelle folgt die GmbH als die typische Rechtsform des deutschen Mittelstandes (40,0 Prozent). Das ist ein höherer Anteil als im

GmbH auch 2011 insolvenzanfällig

Vorjahr (38,6 Prozent). Die verbleibenden Insolvenzfälle konzentrieren sich im Wesentlichen auf die GmbH & Co. KG (4,6 Prozent), Einzelkaufleute (3,3 Prozent) und Freie Berufe (3,1 Prozent).

Sehr unterschiedlich ist dabei die Insolvenzquote, (d. h., die Zahl der Insolvenzen bezogen auf den Unternehmensbestand). Während bei Gewerbebetrieben, auch aufgrund des großen Bestandes, 87 Insolvenzen auf 10.000 Unternehmen kommen, sind es bei der GmbH 142. Nur die Aktiengesellschaft (AG) zeigt eine noch höhere Insolvenzhäufigkeit, wenngleich der Anteil dieser Rechtsform an allen Insolvenzfällen sehr gering ist (0,7 Prozent). Deutlich unterdurchschnittlich ist die Ausfallrate in den Rechtsformen e.G. (13) und e.V. (24).

Tab. 14: Unternehmensinsolvenzen 2011 in Deutschland nach Rechtsform

■	prozentuale Verteilung	Unternehmensbestand	Insolvenzquote
Freie Berufe	3,1 (3,2)	14,2 (14,5)	18 (21)
Kleingewerbetreibende	45,8 (46,7)	48,7 (45,5)	87 (97)
BGB-Gesellschaft	1,1 (1,1)	4,0 (3,9)	24 (25)
Einzelfirma	3,3 (3,5)	3,2 (3,5)	82 (94)
OHG	0,2 (0,3)	0,5 (0,6)	36 (50)
KG	0,5 (0,5)	0,6 (0,6)	62 (75)
GmbH & Co. KG	4,6 (4,7)	4,0 (4,6)	82 (95)
GmbH	40,0 (38,6)	21,0 (23,4)	142 (156)
AG	0,7 (0,8)	0,3 (0,4)	143 (202)
eG	0,0 (0,1)	0,2 (0,2)	13 (23)
e.V.	0,8 (0,6)	3,2 (2,6)	24 (22)

Quelle: Creditreform Datenbank; Angaben in Prozent

Insolvenzen sind jünger als 2010

Stärker als im Vorjahr sind sehr junge Unternehmen in den ersten zwei Jahren ihres Bestehens unter den Insolvenzkandidaten zu finden. Bei einem Sechstel der insolventen Unternehmen (16,4 Prozent; Vorjahr: 15,2 Prozent) lag die Unternehmensgründung keine zwei Jahre zurück. Mit einem Anteil von gut einem Drittel (35,7 Prozent)

sind viele Insolvenzkandidaten über zehn Jahre alt. Dieser Anteil ist gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert geblieben.

Tab. 15: Unternehmensinsolvenzen 2011 in Deutschland nach Betriebsalter

■	prozentuale Verteilung	Unternehmensbestand	Insolvenzquote
0 bis 2 Jahre	16,4 (15,2)	9,7 (9,9)	140 (141)
3 bis 4 Jahre	15,7 (17,1)	7,6 (8,1)	173 (196)
5 bis 6 Jahre	13,6 (14,1)	8,2 (8,6)	138 (151)
7 bis 8 Jahre	11,0 (9,9)	8,0 (7,4)	115 (124)
9 bis 10 Jahre	7,7 (8,4)	6,8 (7,3)	94 (106)
über 10 Jahre	35,7 (35,3)	59,8 (58,6)	50 (56)

Quelle: Creditreform Datenbank; Angaben in Prozent
() = Vorjahresangaben

Vom Wirtschaftsaufschwung der Jahre 2010 und 2011 profitiert haben anscheinend Unternehmen, die kurz vor oder während der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise von 2008/2009 gegründet worden. Deren Anteil am deutschen Insolvenzgeschehen ist binnen eines Jahres von 17,1 auf 15,7 Prozent zurückgegangen.

Die Insolvenzquote ist in dieser Anteilsklasse aber nach wie vor am höchsten. Je 10.000 Unternehmen werden 173 Insolvenzen gezählt. Bei über zehn Jahre alten Unternehmen liegt die Insolvenzquote mit 50 Pleiten auf 10.000 Bestandsunternehmen deutlich niedriger.

Das Gros des diesjährigen Insolvenzgeschehens verteilt sich auf sehr kleine Unternehmen. Bei acht von zehn Insolvenzkandidaten (79,6 Prozent) waren höchstens fünf Mitarbeiter tätig (Vorjahr: 79,0 Prozent). Dagegen sind sehr große Unternehmenszusammenbrüche selten. Lediglich in 0,7 Prozent der registrierten Fälle hatte das Unternehmen eine Mitarbeiterzahl von über 100 (Vorjahr: 0,6 Prozent).

Gründen in der Finanzkrise macht stark?

8 von 10 sind Kleinunternehmen

Tab. 16: Unternehmensinsolvenzen 2011 in Deutschland nach Beschäftigtenzahl *)

■	Unternehmensinsolvenzen 2011			Unternehmensbestand
	West	Ost	Deutschland	
1 – 5 Personen	79,5 (79,0)	79,9 (79,3)	79,6 (79,0)	85,2 (85,1)
6 – 10 Personen	9,3 (9,4)	9,1 (9,9)	9,2 (9,5)	6,9 (7,0)
11 – 20 Personen	5,6 (5,8)	5,6 (6,0)	5,6 (5,9)	3,8 (3,8)
21 – 50 Personen	3,8 (4,0)	3,6 (3,4)	3,7 (3,8)	2,4 (2,4)
51 – 100 Personen	1,2 (1,1)	1,1 (0,9)	1,2 (1,1)	0,9 (0,9)
> 100 Personen	0,7 (0,7)	0,8 (0,5)	0,7 (0,6)	0,9 (0,9)

Quelle: Creditreform Datenbank; Angaben in Prozent
() = Vorjahresangaben; *) inkl. Inhaber

Tab. 17: Unternehmensinsolvenzen 2011 nach Beschäftigtenzahl *) und Wirtschaftsbereich

■	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe	Handel	Dienstleistungen
1 – 5 Personen	57,1 (53,9)	75,3 (75,7)	83,0 (81,2)	82,8 (82,9)
6 – 10 Personen	13,8 (15,2)	12,4 (12,2)	8,9 (9,7)	7,9 (7,9)
11 – 20 Personen	11,0 (13,7)	7,6 (7,5)	4,5 (5,1)	4,6 (4,6)
21 – 50 Personen	11,1 (10,9)	3,6 (3,7)	2,4 (2,8)	3,1 (3,2)
51 – 100 Personen	4,3 (3,4)	0,9 (0,7)	0,8 (0,7)	1,0 (0,9)
> 100 Personen	2,7 (3,0)	0,3 (0,2)	0,4 (0,4)	0,6 (0,5)

Quelle: Creditreform Datenbank; Angaben in Prozent
() = Vorjahresangaben; *) inkl. Inhaber

Im Verarbeitenden Gewerbe mittlere Unternehmen stärker vertreten

Vor allem im Handel (83,0 Prozent) und im Dienstleistungssektor (82,8 Prozent) sind vornehmlich sehr kleine Unternehmen unter den Insolvenzkandidaten zu finden. Entsprechend rar sind in diesen beiden Wirtschaftsbereichen mittlere oder größere Unternehmenszusammenbrüche. Zwar wird auch im Baugewerbe (75,3 Prozent) und im Verarbeitenden Gewerbe (57,1 Prozent) das Insolvenzgeschehen von kleinen Unternehmen mit höchstens fünf Beschäftigten dominiert, allerdings finden sich vor allem in der Industrie auch Unternehmen mittlerer Größe unter den Pleitekandidaten.

So macht die Größenklasse der Unternehmen von sechs bis zehn Mitarbeitern immerhin 13,8 Prozent des Insolvenzgeschehens im Verarbeitenden Gewerbe aus und die Größenklasse von elf bis 20

Mitarbeitern 11,0 Prozent. Im Verarbeitenden Gewerbe sind aber deutliche Verschiebungen gegenüber dem Vorjahr festzustellen. Das Insolvenzgeschehen ist hier deutlich kleinteiliger geworden. Sehr große Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten sind nur noch für 2,7 Prozent aller Insolvenzen im Industriesektor verantwortlich (Vorjahr: 3,0 Prozent).

Die Verteilung der diesjährigen Insolvenzfälle bezogen auf den Umsatz des Unternehmens bestätigt noch einmal das Bild, wonach 2011 vorrangig sehr kleine Unternehmen in die Insolvenz gerutscht sind. Bei jedem vierten Unternehmen (24,9 Prozent) betrug der letzte Umsatz weniger als 100.000 Euro, bei 22,4 Prozent der Betroffenen waren es bis zu 250.000 Euro und bei 17,5 Prozent der insolventen Unternehmen bis zu einer halben Million Euro. In Summe weisen damit zwei Drittel der Unternehmen, die in die Insolvenz gehen, einen Umsatz von höchstens 500.000 Euro auf (64,8 Prozent; Vorjahr: 63,7 Prozent). Entsprechend selten zu finden sind in den Insolvenzstatistiken Unternehmen, die mehr als 25 Millionen Euro pro Jahr umsetzten (0,8 Prozent bzw. 240 Fälle). Mehr Insolvenzen als im Vorjahr waren lediglich in der Größenklasse von fünf bis 25 Millionen Euro Jahresumsatz zu beklagen.

Zwei Drittel mit Umsatz unter 500.000 Euro

**Tab. 18: Insolvenzen nach Umsatzgrößenklassen 2011 *)
für Gesamtdeutschland in Mio. Euro**

■	absolut	%-Anteil
bis 0,1	7.520 (7.760)	24,9 (24,2)
> 0,1 – 0,25	6.760 (7.150)	22,4 (22,3)
> 0,25 – 0,5	5.290 (5.510)	17,5 (17,2)
> 0,5 – 5,0	9.030 (10.070)	29,9 (31,4)
> 5,0 – 25,0	1.360 (1.310)	4,5 (4,1)
> 25,0 – 50,0	150 (160)	0,5 (0,5)
> 50,0	90 (100)	0,3 (0,3)

*) Creditreform Schätzung; () = Vorjahresangaben

Die Eröffnungsquote von Insolvenzverfahren ist trotz des kleinteiligen Insolvenzgeschehens ange-

**InsO sei Dank:
Eröffnungsquote steigt**

stiegen. Mittlerweile gehen rund drei Viertel aller Anträge in die Eröffnung, da die Insolvenzmasse zur Deckung der Verfahrenskosten und zur (Teil-)Befriedigung der Gläubiger voraussichtlich ausreicht. Die Masselosigkeit von Insolvenzverfahren, bis zur Einführung der InsO im Jahre 1999 noch ein weitverbreitetes Phänomen in Deutschland, ist damit deutlich zurückgegangen. Diese Statistik zeigt, dass Insolvenzanträge heute deutlich früher gestellt werden und ein Insolvenzverfahren auch als Sanierungschance wahrgenommen wird.

Tab. 19: Unternehmensinsolvenzen in Deutschland

■	Insolvenzverfahren	mangels Masse abgelehnt	
		absolut	in Prozent
1999	26.620	18.803	70,6
2000	27.930	16.502	59,1
2001	32.390	17.763	54,8
2002	37.620	16.310	43,4
2003	39.470	16.530	41,9
2004	39.270	15.660	39,9
2005	36.850	13.590	36,9
2006	34.040	11.300	33,2
2007	29.150	8.690	29,8
2008	29.580	8.010	27,0
2009	32.930	8.410	25,5
2010	32.060	8.490	26,5
2011 *)	30.200	7.700	25,5

*) von Creditreform geschätzt

1.8 Große Firmeninsolvenzen

2011 ging der Insolvenztrend in Richtung kleine Firmen. Dennoch finden sich unter den Insolvenzkandidaten wieder einige große und namhafte Unternehmen mit überregionaler Bedeutung. Im Vergleich mit dem Vorjahr hat sich die Zahl der bedrohten Arbeitsplätze in den zehn größten Unternehmensinsolvenzen des Jahres auf 15.540 Betroffene erhöht (Vorjahr: 12.130).

Top 10 der Pleiten

Die mit Abstand größte Insolvenz des Jahres betraf den Druckmaschinenbauer **Manroland**, dem Ende November das Geld ausging. Das drittgrößte Unternehmen der Branche mit Sitz in Augsburg litt unter der Billigkonkurrenz aus Asien und dem Trend zu elektronischen Dokumenten im Internet. Nach dem Verkauf des Unternehmens an einen Finanzinvestor 2006 ging der Umsatz massiv zurück. Die Suche nach weiteren Investoren und Partner blieb erfolglos. 6.500 Beschäftigte bangen nun um ihren Job.

Tab. 20: Große Unternehmensinsolvenzen im Jahr 2011 („Top Ten“)

■	Unternehmen	Geschäftszweck	Mitarbeiter
	Manroland	Maschinenbauer	6.500
	Sellner GmbH	Automobilzulieferer	1.600
	Schlott Gruppe	Druckerei	1.480
	Sondermann Brot GmbH & Co. KG	Lebensmittel	1.120
	AKT Altmärker Kunststoff-Technik GmbH	Automobilzulieferer	1.000
	Albert Ziegler GmbH & Co. KG	Feuerwehrtechnik	1.000
	Manss Fruchtimport KG Unternehmensgruppe	Lebensmittelhandel	890
	YMOS Gruppe	Automobilzulieferer	690
	Gold Meister GmbH	Schmuckhandel	660
	TelDaFax	Energieanbieter	600

Quelle: Creditreform Datenbank

Mit den Unternehmen Sellner, AKT und YMOS finden sich drei Automobilzulieferer in der Gruppe der größten Insolvenzen des Jahres. Die **Sellner** Gruppe, in der bundesweit 1.600 Mitarbeiter tätig sind, musste bereits im Januar 2011 einen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens stellen. Der Hersteller von hochwertigen Oberflächen für das Fahrzeuginterieur gehört seit 2005 mehrheitlich einem Finanzinvestor. Für die Pleite verantwortlich werden operative Mängel wie die hohen Ausschussquoten sowie Fehlkalkulationen bei großen Aufträgen gemacht. Zu den Kunden zählten BMW, Daimler, Volkswagen, Audi und Por-

sche. Ein Sanierungskonzept sei bereits ausgearbeitet, der bisherige Eigentümer und die Gläubigerbanken konnten sich aber nicht auf weitere Liquiditätshilfen einigen. Große Teile der Unternehmensgruppe sind mittlerweile an einen chinesischen Automotive-Konzern verkauft worden.

Für die **Altmärker Kunststoff-Technik** GmbH (AKT) aus Gardelegen in Sachsen-Anhalt, einer der führenden Kunststoffspritzgusshersteller für hochwertiges Automobilinterieur, kam ebenfalls im Januar 2011 das Aus. Mit rund 1.000 Mitarbeitern ist das Unternehmen der größte einzelne Arbeitgeber der strukturschwachen Region. Damit forderte die Krise in der Automobilindustrie von 2008/2009 verspätet ein weiteres Opfer. Verluste wurden zuletzt angehäuft, weil erhebliche Lieferrückstände entstanden. Mit einem Insolvenzplan und erfahrenen Sanierungsexperten sollte das Unternehmen binnen kürzester Zeit wieder handlungsfähig sein. Mittlerweile ist das Hauptwerk an Boryszew, ein großes polnisches Industrieunternehmen, verkauft worden.

Bei der **YMOS** Firmengruppe, die bereits zwischen 2000 bis 2002 unter Insolvenzverwaltung stand, sind rund 690 Arbeitnehmer von der Insolvenz betroffen. Das Unternehmen litt unter dem Preisdruck der Autohersteller und den Folgen der Wirtschaftskrise. Letztlich scheiterten die Gespräche mit den Banken, wodurch das Unternehmen in einen Liquiditätsengpass geriet. Der Automobilzulieferer befindet sich derzeit ebenfalls auf dem Einkaufszettel der polnischen Firma Boryszew.

Groß war der Schock für die rund 1.480 Beschäftigten, als der Tiefdruck-Dienstleister **Schlott Gruppe** für alle elf deutschen Konzernteile beim Nürnberger Amtsgericht einen Insolvenzantrag stellen musste. Als Insolvenzverwalter wurde der Nürnberger Rechtsanwalt Siegfried Beck berufen. „Jeder Investor, der ein vernünftiges Angebot vorlegt, ist willkommen“ hieß es von Seiten des Insolvenzverwalters. Einige Bestandteile des Unter-

nehmens sind mittlerweile verkauft und die Arbeitsplätze damit gesichert. Andere Standorte wie der Hauptsitz im Schwarzwald mussten geschlossen werden.

Sondermann Brot GmbH & Co. KG, eine Großbäckerei mit über 1.100 Mitarbeitern, musste ebenfalls 2011 den Gang zum Insolvenzgericht antreten. Neben den stark gestiegenen Preisen für Energie und Mehl brachten die höher als geplant ausgefallenen Baukosten für eine Backstube das Fass zum Überlaufen. Die Geschäftsleitung hat sich entschlossen, frühzeitig Insolvenz anzumelden, um die Sanierungschancen zu erhöhen. Nun gehe es darum, ein Sanierungskonzept und einen Insolvenzplan zu erarbeiten. Das Unternehmen, das 1949 als Familienbetrieb entstand, unterhält 130 Filialen.

Im November 2011 wurde das Insolvenzverfahren über die **Albert Ziegler GmbH & Co. KG** beim Amtsgericht Aalen eröffnet. Als Insolvenzverwalter ist Dr. Bruno Kübler bestellt. Jetzt müssen alle Gläubiger ihre Insolvenzforderungen anmelden. Der Geschäftsbetrieb der gesamten Ziegler Gruppe mit rund 1.000 Mitarbeitern laufe vorerst weiter. Gut seien die Chancen auf eine erfolgreiche Sanierung des Feuerwehrtechnik-Ausrüsters, so Dr. Kübler.

In die Insolvenz rutschte 2011 auch die **Manss Fruchtimport KG** aus Hamm in Westfalen. Die Dortmunder Rechtsanwaltskanzlei Andres Schneider ist mit der Insolvenzverwaltung beauftragt. Nun soll ein Restrukturierungs- und Sanierungsplan ausgearbeitet werden, um die Fortführung des mehr als 100 Jahre alten Unternehmens mit knapp 900 Beschäftigten zu sichern. Zuvor waren die Verhandlungen der Geschäftsführung mit Kreditversicherern gescheitert, so dass die Insolvenz als einziger Ausweg gesehen wurde. Hauptgründe für die Schiefelage seien die „ungesunde“ Übernahme von Unternehmen und die Auslagerung von lukrativen Geschäftsfeldern ge-

wesen. Das Unternehmen beliefert die Gastronomie sowie Cash-und-Carry-Märkte und Bäckereien. Nun ist es wichtig, das Vertrauen der Kunden zu erhalten.

Die Schmuckhandelskette **Gold Meister GmbH** aus Hanau hat kurz vor Ostern 2011 Insolvenz angemeldet. Betroffen sind rund 660 Beschäftigte. Deutschlandweit betreibt das Unternehmen 130 Verkaufsläden, vornehmlich in Einkaufszentren und Warenhäusern. Der vorläufige Insolvenzverwalter Dr. Jan Markus Plathner führt den Geschäftsbetrieb bei der ehemals zweitgrößten deutschen Schmuckkette nach dem Insolvenzantrag zunächst fort. Gespräche über ein mögliches Sanierungskonzept und neue Investoren für einen Erhalt des 1987 entstandenen Unternehmens führten aber nicht zum Erfolg. Ein Großteil der Filialen ist mittlerweile geschlossen.

Im September wurde das Insolvenzverfahren über das Vermögen des Energiediscounters **TeIDaFax** aus Troisdorf bei Bonn eröffnet. Rund 750.000 Gläubiger, ein Großteil von ihnen Kunden mit im Voraus bezahlten Rechnungen, warten nun auf ihr Geld. Strom- und Gaslieferungen sind inzwischen eingestellt. TeIDaFax, jahrelang Trikotsponsor beim Fußballbundesligisten Bayer Leverkusen, sitzt auf einem riesigen Schuldenberg und fuhr seit einiger Zeit eine zweifelhafte Geschäftspraxis, indem Energie unter Einkaufspreisen verkauft wurde. Der Rechtsanwalt Bähr sieht derzeit wenig Hoffnung für ein schnelles Ende des Verfahrens. Gemessen an der Gläubigerzahl betreut der Insolvenzverwalter das größte Verfahren in der deutschen Geschichte.

Im November ging auch der bekannte Baukonzern **Heitkamp** in die Insolvenz. Bislang ist lediglich die Holding betroffen – alle operativen Gesellschaften seien nicht tangiert. Heitkamp baute u. a. die gläserne VW-Manufaktur in Dresden und den Euro-Tunnel unter dem Ärmelkanal.

1.9 Exkurs: Reform des Insolvenzrechts

Ende Oktober hat der Deutsche Bundestag das Gesetz zur weiteren Erleichterung der Sanierung von Unternehmen (ESUG) beschlossen. Ziel des Gesetzgebers war es, das Insolvenzrecht künftig noch stärker auf die Sanierung statt auf die Abwicklung von Unternehmen auszurichten. Der Fokus wird dabei klar auf die Fortführung sanierungs- und überlebensfähiger Unternehmen und den Erhalt der betroffenen Arbeitsplätze gelegt. Die Politik reagiert damit auf die bislang vergleichsweise geringe Nutzung des Sanierungsinstrumentes Insolvenzplan. Trotz vieler positiver Praxisfälle ist der Anteil des Planverfahrens an allen Insolvenzverfahren weiterhin verschwindend gering.

Zu den wichtigsten Regelungen gehört neben der Stärkung der Gläubiger bei der Auswahl des Insolvenzverwalters somit auch die Vereinfachung des Insolvenzplanverfahrens, insbesondere der Eigenverwaltung. Für die Insolvenzgläubiger ergeben sich konkrete Veränderungen zum bisher geltenden Recht: So wird zum einen die Möglichkeit geschaffen, bereits im Eröffnungsverfahren einen vorläufigen Gläubigerausschuss einzuberufen, der alle Gläubigergruppen repräsentieren soll und dem ein wichtiges Mitspracherecht bei der Auswahl des Insolvenzverwalters und der Anordnung der Eigenverwaltung zuerkannt wird. Freilich wird das Instrument des vorläufigen Gläubigerausschusses nur bei Unternehmen mit wesentlicher wirtschaftlicher Bedeutung zum Einsatz kommen und damit für die Masse der Verfahren ohne Belang bleiben.

Eine zweite Neuregelung aus Sicht der Gläubiger ist das sogenannte Schutzschirmverfahren zur Vorbereitung der Sanierung. Dabei erhält ein schuldnerisches Unternehmen bei drohender Zahlungsunfähigkeit oder bei Überschuldung die Möglichkeit, unter Aufsicht eines Sachwalters (z. B. Wirtschaftsprüfer, Rechtsanwalt, Steuerberater)

ESUG gut für Unternehmen, aber auch gut für Gläubiger?

Mehr Einfluss auf die Verwalterauswahl

„Schutzschirm“ auch für Unternehmen

für drei Monate geschützt vor Vollstreckungsmaßnahmen der Gläubiger einen Sanierungsplan zu erarbeiten. Dabei soll das Gericht den vom Schuldner vorgeschlagenen Sachwalter akzeptieren und zudem Zwangsvollstreckungsmaßnahmen gegen den Schuldner untersagen oder einstellen. Der Schuldner bleibt während des Schutzschirmverfahrens Herr über das eigene Vermögen – ein Paradigmenwechsel im Insolvenzrecht.

Für Insolvenzgläubiger bedeutet der angeordnete Verzicht bzw. die Einstellung von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen gegen das schuldnerische Unternehmen eine gehörige temporäre Einschränkung der Gläubigerrechte. Falls der vorgesehene Sanierungsplan für das angeschlagene Unternehmen nicht gelingt, verlieren Insolvenzgläubiger wertvolle Zeit, um ihre Forderungen in voller Höhe gerichtlich durchzusetzen. Die Gläubigerinteressen sollen dahingehend gewahrt bleiben, dass, wenn die Fortführung des Schutzschirmverfahrens Nachteile für Insolvenzgläubiger erwarten lässt, das Insolvenzgericht den Schutzschirm wieder aufheben und ein geregeltes Insolvenzverfahren einleiten soll.

Für Insolvenzgläubiger ist ein noch schnelleres Handeln geboten, um die berechtigten Forderungen nicht aus einem Insolvenzverfahren befriedigen zu müssen. So sieht das Gesetz ferner vor, dass für alle Gläubigerforderungen, die erst nach der Annahme des Insolvenzplans angemeldet werden, ein Vollstreckungsschutz gelten soll, um die Finanzplanung eines als sanierungsfähig angesehenen Unternehmens nicht zu gefährden. Auch werden die Verjährungsfristen für Forderungen, die bis zum Abstimmungstermin noch nicht angemeldet waren, auf ein Jahr verkürzt.

Eine weitere weitreichende Änderung ist der so genannte debt-to-equity-swap. Im Rahmen des Insolvenzplanverfahrens können so künftig als Sanierungsmaßnahme auch Forderungen der Gläubiger in Gesellschafteranteile umgewandelt

**Gläubigerrechte:
Schnelleres Handeln
geboten**

werden. Nach bisherigem Recht mögliche Blockadestrategien der Altgesellschafter, von deren Zustimmung der Tausch abhing, werden nun zurückgedrängt zugunsten einer stärkeren Beteiligung der Gläubiger an der Sanierung. Offen ist allerdings noch, zu welchem Wert die eingebrachten Gläubigerforderungen angesetzt werden sollen. Auch dürfte der Gläubiger bei einer Umwandlung seiner Forderungen in Unternehmensanteile im Falle einer Insolvenz leer ausgehen.

***Gestern Fremdkapital,
heute Eigenkapital***

■ 2 Neueintragungen und Löschungen von Unternehmen

2.1 Gründungsbilanz

Das Gründungsgeschehen in Deutschland hat sich typisch für konjunkturelle Boomphasen abgeschwächt. 2011 wurden rund 804.000 Gewerbeanmeldungen vorgenommen. Das entspricht einem Rückgang um 6,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr, als noch 863.000 Anmeldungen registriert wurden. Einen Anstieg gab es im Handelsregister (plus 6,3 Prozent auf 112.030 Neueintragungen). Im Gewerberegister, das auch Nebenerwerbsgründungen sowie Anmeldungen von Rechtsformwechseln und Sitzverlegungen bereits bestehender Unternehmen erfasst, ist ein deutlicher Rückgang (minus 12,4 Prozent) zu verzeichnen.

***Guter Arbeitsmarkt,
weniger Neugründungen***

Tab. 21: Gründungsbilanz 2011 *) für Gesamtdeutschland

■	Anmeldungen	Veränd. in %	Löschungen	Veränd. in %
Gewerberegister	691.970 (757.570)	- 8,7	632.240 (637.470)	- 0,8
Handelsregister	112.030 (105.430)	+ 6,3	80.760 (76.530)	+ 5,5
Gesamt:	804.000 (863.000)	- 6,8	713.000 (714.000)	- 0,1
<i>darunter wirtschaftsaktive Unternehmen</i>	<i>168.150 (182.660)</i>	<i>- 7,9</i>		
Saldo:	+ 91.000 (+ 149.000)	- 38,9		

*) Creditreform Schätzung; () = 2010

Das rückläufige Gründungsgeschehen ist Ausdruck der sehr guten Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt während der zurückliegenden zwölf Monate. Aufgrund guter Einkommen und Jobperspektiven als abhängig Beschäftigte haben potenzielle Existenzgründer ihr Gründungsvorhaben (vorerst) aufgegeben. Notgründungen aus der Arbeitslosigkeit waren entsprechend seltener zu finden.

In der längerfristigen Perspektive seit 1999 ist 2011 das Jahr mit den wenigsten Gewerbeanmeldungen seit 2002, als nur 723.000 Neuzugänge zu verzeichnen waren. Die Zahl der Löschungen und Abmeldungen aus den Registern liegt auf dem niedrigsten Stand seit 2005. Der Gründungssaldo rutscht erstmals seit zehn Jahren wieder unter die Marke von 100.000. Damit ist zwar weiterhin ein Wachstum des Unternehmensbestandes in Deutschland zu verzeichnen, allerdings ein deutlich geringerer Zuwachs als noch in den Vorjahren.

**Gründungsschwächstes
Jahr seit zehn Jahren**

Tab. 22: Gründungsgeschehen von 1999 bis 2011 in Deutschland

■	Neuzugänge	Löschungen	Saldo
1999	781.000	707.000	74.000
2000	755.000	663.000	92.000
2001	729.000	645.000	84.000
2002	723.000	646.000	77.000
2003	809.000	643.000	166.000
2004	960.500	677.600	282.900
2005	910.500	694.900	215.600
2006	881.800	713.300	168.500
2007	855.600	719.600	136.000
2008	833.300	732.300	101.000
2009	864.500	728.400	136.100
2010	863.000	714.000	149.000
2011 *)	804.000	713.000	91.000

*) von Creditreform geschätzt

Zusätzlich wird in der Gründungsbilanz die Zahl der wirtschaftsaktiven Gründungen ausgewiesen,

von denen bereits zum Gründungszeitpunkt eine verstärkte wirtschaftliche Aktivität ausgeht (beispielsweise wurden Mitarbeiter eingestellt, Handels- oder Bankkredite aufgenommen). In Abgrenzung zur reinen Gewerbeanzeigenstatistik bietet die Zahl der in einem Jahr neu entstandenen wirtschaftsaktiven Unternehmen einen besseren und genaueren Blick auf das deutsche Gründungsgeschehen. Typischerweise liefern wirtschaftsaktive Gründungen einen größeren Beitrag zur Dynamik einer Volkswirtschaft.

Im Jahr 2011 sind 168.150 Unternehmensgründungen als wirtschaftsaktiv zu klassifizieren. Im Vorjahreszeitraum wurden 182.660 wirtschaftsaktive Gründungen gezählt (minus 7,9 Prozent). Der zu verzeichnende Rückgang hat seine Ursache vor allem in der fehlenden Push-Wirkung der Arbeitslosigkeit. Potenziellen Unternehmensgründern boten sich 2011 vergleichsweise günstige Berufs- und Einkommenschancen als abhängig Beschäftigte.

Nicht alle Gründungen sind wirtschaftsaktiv

2.2 Neueintragungen nach Wirtschaftsbereichen

Die Zahl der Handelsregisterneueintragungen war vor allem in den Dienstleistungssektoren hoch. Mit 27.280 neuen Firmen im Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen (24,4 Prozent aller Neueintragungen) und 12.570 Neueintragungen im Bereich der personenbezogenen Dienste (11,2 Prozent) macht das Dienstleistungsgewerbe einmal mehr das Gros des Gründungsgeschehens aus. Die ebenfalls zum Dienstleistungssektor gehörenden Bereiche Grundstücks- und Wohnungswesen (9.610 Neueintragungen; 8,6 Prozent), Kredit- und Versicherungsgewerbe (8.790; 7,8 Prozent), Datenverarbeitung (6.880; 6,1 Prozent), Gastgewerbe (3.520; 3,1 Prozent) und Logistik (3.440; 3,1 Prozent) verdeutlichen, dass aus dem tertiären Sektoren derzeit die meisten Impulse für das Gründungsgeschehen in Deutschland kommen.

Handelsregister: Boom bei den Dienstleistern

Der Handelssektor erreicht insgesamt einen Anteil von 17,8 Prozent am bundesweiten Gründungs-geschehen (19.880 Neueintragungen). Den Löwenanteil machen dabei Groß- und Einzelhandel aus (9.710 bzw. 7.790 Neueintragungen).

**Bau und Verarbeitendes
Gewerbe in der Minderheit**

Das Verarbeitende Gewerbe kommt mit 7.140 Neueintragungen im laufenden Jahr auf einen Anteil von 6,4 Prozent an allen neuen Handelsregisterunternehmen. Das Baugewerbe steht für 6,9 Prozent aller Neueintragungen bzw. für 7.730 neue Unternehmen.

Tab. 23: HR-Neueintragungen nach Wirtschaftsbereichen 2011

■	Westdeutschland		Ostdeutschland		Deutschland	
	absolut	%-Anteil	absolut	%-Anteil	absolut	%-Anteil
Land- u. Forstwirtsch., Fischerei, Bergbau	760	0,8	230	1,1	990	0,9
Verarbeitendes Gewerbe	5.760	6,3	1.380	6,8	7.140	6,4
Energie u. Wasser- Versorgung	3.230	3,5	970	4,8	4.200	3,7
Baugewerbe	6.080	6,6	1.650	8,1	7.730	6,9
Kfz-Handel	1.970	2,1	410	2,0	2.380	2,1
Großhandel	8.320	9,1	1.390	6,8	9.710	8,7
Einzelhandel	6.590	7,2	1.200	5,9	7.790	7,0
Gastgewerbe	2.750	3,0	770	3,8	3.520	3,1
Verkehr u. Logistik	2.960	3,2	480	2,4	3.440	3,1
Kredit- u. Versiche- rungsgewerbe	7.320	8,0	1.470	7,2	8.790	7,8
Grundstücks- u. Woh- nungswesen, Vermie- tung beweglicher Sachen	7.600	8,3	2.010	9,9	9.610	8,6
Datenverarbeitung, IKT	5.490	6,0	1.390	6,8	6.880	6,1
unternehmensnahe Dienstleistungen	22.650	24,7	4.630	22,8	27.280	24,4
sonstige persönliche Dienstleistungen (Wäscherei, Frisöre, Bestattungswesen etc.)	10.240	11,2	2.330	11,5	12.570	11,2
Summe	91.720	100,0	20.310	100,0	112.030	100,0

Quelle: Creditreform Datenbank

In Ostdeutschland wurden 20.310 Handelsregis-terneueintragungen registriert. Im Vergleich zum

Westen Deutschlands mit insgesamt 91.720 verzeichneten Neueintragungen im Handelsregister sind am Gründungsgeschehen in den neuen Ländern stärker die Bereiche Baugewerbe, Gastgewerbe sowie die Versorgungsbranche und das Grundstücks- und Wohnungswesen vertreten. In Westdeutschland haben dagegen unternehmensnahe Dienstleister, das Logistikgewerbe sowie der Groß- und Einzelhandel einen höheren Anteil am Gründungsgeschehen.

Tab. 24: Die stärksten Veränderungen bei Neueintragungen 2011

■	Deutschland	
	absolut	%-Änderung
unternehmensnahe Dienstleistungen	+ 2.290	+ 9,2
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen	+ 1.680	+ 21,2
Kredit- und Versicherungsgewerbe	+ 1.570	+ 21,7
Großhandel	+ 830	+ 9,3
Baugewerbe	+ 730	+ 10,4
Gesamt	+ 6.600	+ 6,3
Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei, Bergbau	- 10	- 1,0
sonstige persönliche Dienstleistungen	- 2.880	- 18,6

Quelle: Creditreform Datenbank

Kräftige Zuwächse bei den Neueintragungen im Vergleich zum Vorjahr sind bei den unternehmensnahen Dienstleistungen (plus 2.290), im Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen (plus 1.680) und im Kredit- und Versicherungsgewerbe (plus 1.570) zu verzeichnen. Prozentual hoch ist der Anstieg mit 10,4 Prozent bzw. 9,3 Prozent zudem im Baugewerbe und im Großhandel – beides 2011 boomende Branchen. Weniger Neueintragungen gab es hingegen im konsumnahen Dienstleistungsgewerbe (minus 18,6 Prozent) sowie in der Land- und Forstwirtschaft (minus 1,0 Prozent).

Plus im Baugewerbe und im Großhandel

2.3 Neueintragungen nach Bundesländern

Die meisten Handelsregisterneueintragungen wurden 2011 in den Flächenländern Nordrhein-

NRW vor Bayern und Baden-Württemberg

Westfalen (24.820), Bayern (19.500) und Baden-Württemberg (11.550) registriert. In allen drei Ländern ist die Zahl der Neueintragungen gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Zuwächse verzeichnen auch die meisten anderen Bundesländer. Weniger Handelsregisterneueintragungen als 2010 gab es in Bremen, Saarland, Sachsen und Thüringen.

Tab. 25: Unternehmensneueintragungen und -löschnungen nach Bundesländern 2011

■	Neueintragungen			Löschungen	Saldo
	absolut	Vorjahr	je 10.000 HR-Untern.		
Baden-Württemberg	11.550	10.820	680	8.350	+ 3.200
Bayern	19.500	18.720	810	12.670	+ 6.830
Berlin	8.750	7.570	1.270	3.650	+ 5.100
Brandenburg	2.790	2.550	960	1.610	+ 1.180
Bremen	610	860	400	970	- 360
Hamburg	6.110	5.360	1.010	3.030	+ 3.080
Hessen	10.250	8.790	910	7.400	+ 2.850
Mecklenburg-Vorp.	1.550	1.510	790	1.650	- 100
Niedersachsen	9.250	9.090	720	7.430	+ 1.820
Nordrhein-Westfalen	24.820	24.000	800	18.500	+ 6.320
Rheinland-Pfalz	4.170	3.900	740	3.250	+ 920
Saarland	980	990	680	960	+ 20
Sachsen	3.740	3.810	780	4.110	- 370
Sachsen-Anhalt	1.850	1.840	770	2.170	- 320
Schleswig-Holstein	4.480	3.950	830	2.780	+ 1.700
Thüringen	1.630	1.670	690	2.230	- 600
Gesamt	112.030	105.430	820	80.760	+ 31,270

Quelle: Creditreform Datenbank

Gründungsintensität in Berlin sehr hoch

Die Zahl der Neueintragungen bezogen auf den Unternehmensbestand gibt – anders als die absolute Zahl der neuen Unternehmen – einen besseren Eindruck über die Gründungsintensität in einer Region. So verzeichnen Berlin (1.270 Neueintragungen je 10.000 Unternehmen) und Hamburg (1.010 Neueintragungen je 10.000 Unternehmen) das dynamischste Gründungsgeschehen, gefolgt von Brandenburg (960) und Hessen (910). Am unteren Ende der Gründungsstatistik finden sich

Bremen mit jährlich 400 Handelsregisterneueintragen je 10.000 Unternehmen, das Saarland (680), Baden-Württemberg (680) und Thüringen (690). Knapp über dem bundesdeutschen Durchschnitt liegt Schleswig-Holstein mit 830 neuen Handelsregisterfirmen je 10.000 Bestandsunternehmen.

Deutschlandweit wurden 2011 80.760 Löschungen aus dem Handelsregister vorgenommen. Gelöscht werden Unternehmen, die nach einer Insolvenz liquidiert werden, aber auch Firmen, die ihren Geschäftsbetrieb freiwillig einstellen oder die mit einer anderen Gesellschaft verschmolzen sind.

Die Differenz aus Neueintragen und Löschungen bildet den Gründungssaldo, also die Zahl, um die der Unternehmensbestand im Handelsregister in einem Jahr gewachsen ist. Deutschlandweit ist die Zahl der Handelsregisterfirmen 2011 um 31.270 gestiegen. Einen deutlichen Zuwachs verzeichnen Bayern (Saldo. plus 6.830), Nordrhein-Westfalen (plus 6.320) sowie Berlin (plus 5.100). Leicht geschrumpft ist die Zahl der handelsregisterlich eingetragenen Unternehmen in diesem Jahr in Bremen (Saldo: minus 360), Mecklenburg-Vorpommern (minus 100), Sachsen (minus 370), Sachsen-Anhalt (minus 320) und Thüringen (minus 600). Allerdings stellen diese Resultate eine stichtagsbezogene Momentaufnahme dar. Unterschiedliche Erhebungszeitpunkte sowie die Einbeziehung bereits angekündigter, aber noch nicht vollzogener Löschungen können die Statistik verzerren.

***Trotz Löschungen –
Unternehmensbestand
wächst meist***

2.4 Beschäftigungsbeitrag von wirtschaftsaktiven Gründungen

Junge Unternehmen und Gründungen leisten einen großen Beitrag zur Erneuerung und Dynamik einer Volkswirtschaft. Dabei werden von Gründungen nicht nur für die Gründerpersonen Arbeitsplätze geschaffen, viele Gründungen stellen

**Wirtschaftsaktive
Gründungen: Die Mehrheit
sind Dienstleister**

bereits zu einem frühen Zeitpunkt weitere Mitarbeiter ein.

Die neu entstandenen wirtschaftsaktiven Unternehmen verteilen sich wie folgt auf die vier Hauptwirtschaftsbereiche: 13.100 Unternehmen haben ihren Tätigkeitsschwerpunkt im Verarbeitenden Gewerbe (Vorjahr: 15.830), 12.900 Unternehmen sind im Baugewerbe tätig (Vorjahr: 16.190), 26.200 im Handel (Vorjahr: 32.940) und 115.950 im Dienstleistungssektor (Vorjahr: 117.700). Damit blieben die Gründungszahlen bei den wirtschaftsaktiven Unternehmen in allen vier Hauptwirtschaftsbereichen unter den Vorjahreswerten.

**Tab. 26: Wirtschaftsaktive Neugründungen in Deutschland
im Jahr 2011**

■	wirtschaftsaktive Neugründungen (absolut)
Verarbeitendes Gewerbe	13.100 (15.830)
Baugewerbe	12.900 (16.190)
Handel	26.200 (32.940)
Dienstleistungen	115.950 (117.700)
Gesamt	168.150 (182.660)

*) Quelle: Creditreform Wirtschaftsdatenbank

Anmerkung:

Zur Entscheidung, ob es sich bei einer Gründung – zumindest nach einiger Zeit – um ein wirtschaftsaktives Unternehmen handelt, wird hier darauf abgestellt, ob eine Wirtschaftsauskunft über die betroffene Gründung eingeholt worden ist – sei es von einem Kapitalgeber oder Lieferanten – oder, ob Arbeitsplätze geschaffen wurden. Wenigstens eines dieser Kriterien muss erfüllt sein.

**Fast eine halbe Million
Stellen durch Gründungen**

Insgesamt wurden 2011 von wirtschaftsaktiven Gründungen 458.100 Arbeitsplätze in Deutschland geschaffen. Das entspricht einem Rückgang um 41.900 Stellen bzw. 8,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr (500.000 Arbeitsplätze). Die Zahl der entstandenen Beschäftigungsverhältnisse lassen sich annähernd quantifizieren, indem die Anzahl

neuer Unternehmen mit der Zahl der je Unternehmen durchschnittlich geschaffenen Arbeitsplätze multipliziert wird.

Tab. 27: Zahl neugeschaffener Arbeitsplätze durch wirtschaftsaktive Gründungen 2011 in Deutschland

■	Zahl der Beschäftigten *)	durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten **) bei Gründung
Verarb. Gewerbe	57.700 (69.600)	4,4
Baugewerbe	33.500 (42.100)	2,6
Handel	65.500 (82.300)	2,5
Dienstleistungen	301.400 (306.000)	2,6
Gesamt	458.100 (500.000)	

Quelle: Creditreform Datenbank; () = Vorjahr; Angaben teilweise gerundet
 *) von Creditreform geschätzt; **) inkl. Gründerpersonen, Unternehmen mit max. 249 Beschäftigten.

Die Zahl der pro Gründung geschaffenen Arbeitsplätze variiert je nach Branche und liegt im Verarbeitenden Gewerbe mit durchschnittlich 4,4 Stellen am höchsten. Im Handel werden durchschnittlich 2,5 Beschäftigungsverhältnisse je Gründung geschaffen. Aufgrund der großen Zahl an Dienstleistungsgründungen sorgt dieser Sektor auch für den stärksten Beschäftigungseffekt (301.400 Stellen). Vergleichsweise wenige Arbeitsplätze werden von Gründungen in der Bauwirtschaft geschaffen (33.500).

Im Dienstleistungssektor entstehen die Jobs

■ 3 Zusammenfassung

Die Fortsetzung des Wirtschaftsaufschwungs mit einer erneut positiven Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes in 2011 hat das Insolvenzgeschehen in Deutschland weiter abgemildert. Mit 30.200 Unternehmensinsolvenzen wurde der Vorjahreswert (32.060) um 5,8 Prozent unterschritten. Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen hat sich auf 103.200 Fälle (minus 6,1 Prozent) ebenfalls verringert. Allerdings wurde – wie bereits 2007, 2009 und 2010 – die Marke von 100.000 Verbraucherinsolvenzen übertroffen. Seit der Einführung der Insolvenzordnung im Jahre 1999 haben mehr

als 800.000 Deutsche die Restschuldbefreiung beantragt.

In West- wie in Ostdeutschland hat sich der Rückgang der Unternehmensinsolvenzen fortgesetzt, nachdem bereits 2010 eine Entspannung festzustellen war. In den alten Ländern wurden 24.900 Unternehmensinsolvenzen gezählt (minus 4,9 Prozent), Ostdeutschland verzeichnet einen Rückgang um 9,7 Prozent auf 5.300 Unternehmensinsolvenzen. Einheitlich verlief auch die Entwicklung der Verbraucherinsolvenzen. In Westdeutschland mussten 82.300 Verbraucher den Gang zum Insolvenzgericht antreten (minus 5,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr), in Ostdeutschland waren 20.900 Personen betroffen (minus 7,8 Prozent). Trotz der sehr günstigen Arbeitsmarkt- und Konjunkturlage liegt die Zahl der Verbraucherinsolvenzen in den alten Bundesländern auf dem zweithöchsten Stand seit 1999 und die Zahl der Unternehmensinsolvenzen noch über dem Vorkrisenniveau.

Die Insolvenzschiäden für die Gläubiger belaufen sich 2011 auf etwa 23,3 Milliarden Euro. Aufgrund der gesunkenen Zahl der Insolvenzfälle und zumeist kleinerer Verfahren hat sich die gesamte Schadenssumme gegenüber dem Vorjahr (32,1 Milliarden Euro) um gut ein Viertel (27,4 Prozent) verringert. Private Gläubiger werden voraussichtlich Forderungen in Höhe von 16,7 Milliarden abschreiben müssen. Für die öffentliche Hand belaufen sich die Schäden auf schätzungsweise 6,6 Milliarden Euro. Von der Insolvenz des Arbeitgebers waren im laufenden Jahr rund 229.000 Arbeitnehmer betroffen. Im Vorjahr waren noch 240.000 Arbeitsplätze von der Insolvenz bedroht. In der gesamten Breite des Unternehmenssektors sind die Insolvenzzahlen zurückgegangen. Am deutlichsten fiel der Rückgang im Verarbeitenden Gewerbe aus (minus 14,1 Prozent), gefolgt vom Baugewerbe (minus 13,3 Prozent), dem Handel (minus 6,3 Prozent) und dem Dienstleistungssektor (minus 2,2 Prozent). Insgesamt kam für 2.430

Unternehmen aus dem Verarbeitenden Gewerbe das insolvenzbedingte Aus. Am Bau mussten 4.310 Unternehmen Insolvenz anmelden, im Handel waren 6.200 Unternehmen betroffen und im Dienstleistungssektor 17.260 Unternehmen. Mehr als 57 Prozent aller Insolvenzfälle kamen 2011 aus dem Dienstleistungsgewerbe (Vorjahr: 55 Prozent).

Auf Branchenebene gab es die stärksten Rückgänge auf Jahressicht im Maschinenbau, gefolgt von der Textilindustrie, der Kunststoffverarbeitung und dem Kfz-Handel. Zuwächse wurden im Tiefbau, im Gesundheitswesen, bei Wach- und Sicherheitsdiensten, Friseur- und Kosmetiksalons sowie Post- und Kurierdiensten verzeichnet.

Die Insolvenzquote, also die Zahl der Insolvenzfälle bezogen auf den Unternehmensbestand, ist im Baugewerbe nach wie vor am höchsten. Je 10.000 Unternehmen werden am Bau 123 Insolvenzen registriert (Vorjahr: 145). Nahezu gleichauf und im Bereich des gesamtwirtschaftlichen Durchschnitts von 96 Insolvenzen je 10.000 Unternehmen liegen Handel (95; Vorjahr: 95) und Dienstleistungssektor (97; Vorjahr: 99). Am geringsten ist die Insolvenzhäufigkeit im Verarbeitenden Gewerbe. Auf 10.000 Unternehmen kommen 67 Insolvenzfälle (Vorjahr: 77). Erstmals seit 20 Jahren liegt die Insolvenzquote der ostdeutschen Wirtschaft (94; Vorjahr: 102) unter der im Westen Deutschlands (97; Vorjahr: 100).

Knapp die Hälfte der insolventen Unternehmen firmierte als Gewerbebetrieb (45,8 Prozent). An zweiter Stelle folgt die GmbH (40,0 Prozent), die einen höheren Anteil als im Vorjahr (38,6 Prozent) aufweist. Dabei unterscheidet sich die Insolvenzbetroffenheit in den einzelnen Rechtsformen erheblich. Bei der GmbH (einschließlich der UG) beläuft sich die Insolvenzquote auf 142 Fälle je 10.000 Unternehmen, bei Gewerbebetrieben auf 87 Insolvenzen je 10.000 Unternehmen.

Stärker als im Vorjahr sind sehr junge Unternehmen in den ersten zwei Jahren ihres Bestehens unter den Insolvenzkandidaten zu finden. Bei einem Sechstel der registrierten Insolvenzfälle (16,4 Prozent; Vorjahr: 15,2 Prozent) lag die Unternehmensgründung keine zwei Jahre zurück. Über zehn Jahre alte Unternehmen haben ihren Anteil am Insolvenzgeschehen in Deutschland mit 35,7 Prozent nahezu konstant gehalten (Vorjahr: 35,3 Prozent). Die Insolvenzhäufigkeit reicht von 50 Insolvenzfällen je 10.000 Unternehmen bei Unternehmen mit einem Betriebsalter über zehn Jahren bis zu 173 Fällen in der Altersklasse der 3 bis 4-jährigen Firmen.

Acht von zehn Insolvenzen (79,6 Prozent) betreffen Unternehmen mit maximal fünf Beschäftigten. Überdurchschnittlich hoch ist dieser Anteil im Handel (83,0 Prozent) sowie im Dienstleistungsgewerbe (82,8 Prozent). Am Bau machen kleine Unternehmen 75,3 Prozent aller Insolvenzfälle aus, im Verarbeitenden Gewerbe sind es 57,1 Prozent. Auch in Bezug auf den Umsatz des Unternehmens bestätigt sich das Bild, wonach größtenteils kleine und mittlere Unternehmen unter den Insolvenzkandidaten zu finden sind. In zwei Drittel der Fälle (64,8 Prozent; Vorjahr: 63,7 Prozent) lag der Jahresumsatz bei höchstens 500.000 Euro. Nur eine Minderheit von 0,8 Prozent aller Unternehmensinsolvenzen in Deutschland betreffen Unternehmen mit einem Jahresumsatz von über 25 Millionen Euro.

Unter den zehn größten Unternehmensinsolvenzen des Jahres 2011 finden sich mit Sellner, AKT und YMOS drei Automobilzulieferer. Ebenfalls in die Insolvenz gingen der Druckmaschinenhersteller Manroland, die Schlott-Gruppe, die Großbäckerei Sondermann Brot, der Feuerwehrtechnik-Spezialist Ziegler sowie die Schmuckhandelskette Gold-Meister. Deutschlandweite Bekanntheit erreichte vor allem die Großinsolvenz des Energie-discounter TelDaFax – mit rund 750.000 Gläubi-

gern die größte Insolvenz in der bundesdeutschen Geschichte.

Die Zahl der Gewerbeanmeldungen ist 2011 auf den niedrigsten Stand seit zehn Jahren gefallen. In den zurückliegenden zwölf Monaten wurden deutschlandweit 804.000 Anmeldungen in den Registern vorgenommen (Vorjahr 863.000). Die Zahl der Abmeldungen lag bei 713.000 (Vorjahr: 714.000). Erhöht hat sich aber die Zahl der Handelsregistereintragungen: 2011 wurden gut 112.000 Unternehmen neu ins Handelsregister aufgenommen (Vorjahr: 105.430). Deutliche Zuwächse bei den Neueintragungen gab es im Kredit- und Versicherungsgewerbe, im Grundstücks- und Wohnungswesen, im Baugewerbe, im Großhandel und bei den unternehmensnahen Dienstleistern. Das Gros des Gründungsgeschehens entfällt erneut auf den Dienstleistungssektor gefolgt vom Handel. Die höchste Zahl an Handelsregistereintragungen je 10.000 Unternehmen gab es in Berlin (1.270) und Hamburg (1.010), die niedrigste in Bremen (400). Die ostdeutschen Länder liegen unter dem Bundesdurchschnitt.

Erläuterungen:

Das Gründungsgeschehen wird anhand der Gewerbeanmeldungen und der Handelsregistereintragungen abgebildet. Dabei gilt als Gewerbe jede selbstständige Tätigkeit, die langfristig ausgelegt ist und der Gewinnerzielung dient. Das Gewerberegister erfasst im Gegensatz zum Handelsregister, das ein Unternehmensregister ist, natürliche und juristische Personen sowie Personengesellschaften. So werden Kleinunternehmen nicht im Handelsregister, wohl aber im Gewerberegister als Gewerbetreibende eingetragen, selbst wenn diese Person keine Handwerkskarte besitzt und keinen Arbeitnehmer beschäftigt. Maßgeblich ist hierbei lediglich die Gewerbeanzeige, die zudem für jeden geschäftsführenden Gesellschafter getrennt abgegeben werden muss. Im Fall einer Personengesellschaft kommt es somit zur Team-Gründer-Mehrfachzählung.

Als Anmeldung gilt der Beginn des Gewerbebetriebs, sei es selbstständiger Art oder als Zweigniederlassung. Ebenfalls gilt die Anzeigepflicht, wenn der Betrieb verlegt oder aufgegeben wird bzw., wenn der Gegenstand des Gewerbes wechselt. Die Anmeldung eines Gewerbes erfolgt bei Neugründung, Wiedereröffnung nach Sitzverlegung, Wechsel der Rechtsform, Gesellschaftereintritt oder Übernahme durch Kauf bzw. Erbfolge. Neben den Vollerwerbsgründungen werden im Gewerberegister auch Nebenerwerbsgründungen berücksichtigt. Nicht in der Gewerbestatistik vertreten sind Freie Berufe, Land- und Forstwirtschaft, Fischerei sowie Versicherungen.

Ein Gewerbe wird abgemeldet bei vollständiger Aufgabe des Betriebs, Sitzverlegung in einen anderen Meldebezirk, Rechtsformänderung, Gesellschafteraustritt oder Verkauf bzw. Erbfolge. Infolge einer Sitzverlegung (Zuzug oder Fortzug) dürfte der Saldo aus An- und Abmeldung in den beteiligten Meldebezirken Null ergeben. Das Gleiche gilt beim Wechsel der Rechtsform sowie dem Kauf bzw. Verkauf des Gewerbebetriebs.

Die Handelsregisterneueintragungen und -löschungen werden aus der Creditreform Wirtschaftsdatenbank gewonnen. Erfasst wird hierbei ein rechtlich selbstständiges Unternehmen, wobei ein solches einen oder mehrere Betriebsteile umfassen kann. Dabei kann es zunächst zu Mehrfacherfassungen oder verzögerten Erfassungen kommen. Der Handelsregistereintrag erfolgt zum einen für Personengesellschaften, Einzelunternehmen (Einzelkaufleute), Offene Handelsgesellschaften (OHG) sowie Kommanditgesellschaften; zum anderen für Kapitalgesellschaften (AG, GmbH). Nicht im Handelsregister eingetragen werden Freie Berufe sowie Betriebe der Land- und Forstwirtschaft.

Verantwortlich für den Inhalt:

Creditreform Wirtschaftsforschung

Leitung: Michael Bretz, Tel.: (02131) 109-171

Redaktion: Dr. Hardy Gude, Tel.:(02131) 109-172

Hellersbergstr. 12, D - 41460 Neuss

E-Mail: m.bretz@verband.creditreform.de

Alle Rechte vorbehalten

© 2011, Verband der Vereine Creditreform e.V.,
Hellersbergstr. 12, 41460 Neuss

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verbandes der Vereine Creditreform e.V. ist es nicht gestattet, diese Untersuchung/Auswertung oder Teile davon in irgendeiner Weise zu vervielfältigen oder zu verbreiten. Lizenzausgaben sind nach Vereinbarung möglich.

Ausgenommen ist die journalistische und wissenschaftliche Verbreitung.

Neuss, 01. Dezember 2011

